

KURZ UND PRÄGNANT

Rechnungshofgesetz wurde modernisiert

Nach der Änderung des Rechnungshofgesetzes am 11. Juli im Landtag erklärte Bodo Ramelow: „Damit ist es uns gelungen, die Rechte des Parlaments und des Rechnungshofs zu stärken. Das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Rechnungshofpräsidenten liegt nun nicht mehr nur bei der Landesregierung. So kann sich auch das Parlament bei dieser wichtigen Frage einbringen und die Fraktionen können eigene Vorschläge unterbreiten.“ Nachdem der Rechnungshof in den letzten Jahren zwei Direktorenstellen gestrichen hat, wurde nun eine Stelle wieder hinzugefügt. „Dies war nötig, um den Rechnungshof als Kollegialorgan zu stärken. Immerhin hatte sich mit Wegsparen der stimmberechtigten Direktoren das innere Abstimmgefüge im Kollegialorgan drastisch verändert“, so der LINKE-Politiker. Zum Vorwurf, durch den dritten Direktor würden zusätzliche Kosten entstehen, erklärte er, dass seine Fraktion sehr wohl eine Alternative vorgeschlagen hatte, die sich lediglich mit Strukturveränderungen im Hof selbst realisieren ließe. So entstünden Mehrkosten de facto gar nicht: „Statt von hohen Kosten zu reden, sollte man sich lieber unaufgeregt mit diesem Vorschlag befassen.“ www.die-linke-thl.de ■

Last-Minute-Änderung mit Nachspiel

Als einen „Rechtsbruch“ wertete Bodo Ramelow das Vorgehen der Regierungskoalition bei ihren Last-Minute-Änderungen zum Gemeindefinanzierungsrecht. Daher habe die Linksfraktion an der Endabstimmung des Gesetzgebungsverfahrens nicht teilgenommen. „Hier wurde die Fachkompetenz der Kommunalen Spitzenverbände missachtet. Diese ‚Ohrfeige‘ wird ein Nachspiel haben“. Ohne die nach Verfassung und Geschäftsordnung notwendige Anhörung zu einem ganzen Paket von sehr kurzfristig zu Beginn der Juli-Landtagsitzung von der Regierungskoalition eingereichten Änderungsanträgen durchzuführen, habe man das Gesetz durch das Parlament gepeitscht. Eine aus Sicht der Linksfraktion notwendige Beteiligung der Fachausschüsse konnte aufgrund dieses Agierens von CDU und SPD nicht stattfinden. „Die Regierungskoalition entwertet das Gesetzgebungsverfahren zur Farce, wenn sie parlamentarische Ausschüsse und Kommunen außen vor lässt. Diese Arroganz der Macht ist unerträglich.“ DIE LINKE kündigt an, das Verfahren vertieft juristisch prüfen zu lassen. ■

„Es gab ein Produkt, das weltmarktfähig war“

Fraktionssitzung in Bischofferode/Große Anfrage eingereicht/Mahnwache in Berlin

Mit dem hochwertigen Bischofferöder Kalisalz „gab es ein Produkt, das weltmarktfähig war“, „es gab hochmotivierte Mitarbeiter“ und es gab „einen Unternehmer, der bereit war, das Werk fortzuführen“, so erinnerte Bodo Ramelow (im Foto zusammen mit den ehemaligen Kali-Kumpeln Gerhard Jüttemann, Willibald Nebel und Siegfried Hübenthal sowie den Landtagsabgeordneten der LINKE Dr. Johanna Scheringer-Wright, Tilo Kummer und den Mitarbeitern der Linksfraktion Dolores Hof und Thomas Bienert) an den Beginn des Hungerstreiks und den Abschluss des Kali-Fusionsvertrages am 1. Juli 1993.

Der LINKE Politiker war in dieser Zeit, die die ganze Republik bewegte, als Schlichter im Arbeitskampf für die Bergleute im Einsatz. Auf den Tag genau 20 Jahre später war jetzt die Linksfraktion des Thüringer Landtags im Bergbaumuseum des Thomas-Müntzer-Kalivereins vor Ort bei einer Gesprächsrunde mit Aktiven von damals und heute – Kali-Kumpel, die beim Hungerstreik dabei

waren, Kommunalpolitiker und Unternehmer, die etwas tun wollen gegen den Aderlass aus der Region, unter ihnen der Landrat des Eichsfeld-Kreises Werner Hennig. Und auch Pastorin Christine

do Ramelow und Johanna Scheringer-Wright hatte die LINKE weiter Druck gemacht, dass der „bis heute Geheimste aller Staatsverträge“, wie der Fraktionsvorsitzende den Kali-Fusionsvertrag



Austel-Haas, die den Kumpeln im Hungerstreik beigestanden hatte, war gekommen. Mit der Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt am 26. Juni, der Diskussion am 1. Juli in Bischofferode und einem Pressegespräch am 2. Juli mit Bo-

nennt, endlich offen gelegt wird. Dazu reichte die Fraktion eine Große Anfrage „20 Jahre nach dem Hungerstreik in Bischofferode – Kali-Fusionsvertrag und heutige Auswirkungen auf Thüringen – Situation in der Region Bischofferode“ an die Landesregion ein. Die abschließende Diskussion der Fraktion am 3. Juli konnte im Internet per Livestream verfolgt werden. In dieser Fraktionssitzung war außerdem beschlossen worden, die Sanierung von Altlasten zum Thema der Aktuellen Stunde in der Juli-Landtagssitzung zu machen. „Da auf Thüringen eine Kostenlawine von ca. 300 Millionen Euro durch Sicherungsarbeiten allein im Kali-Revier an der Werra zukommt, darf nicht länger das Siegel der Verschwiegenheit über diesen Vertrag gelegt werden“, hatte Bodo Ramelow betont.

Auszüge aus der Rede des LINKE-Abgeordneten Tilo Kummer im untenstehenden Beitrag. ■



Am 1. Juli 1993 begann der Hungerstreik der Kali-Kumpel in Bischofferode, an dem sich auch der damalige Vorsitzende der Fraktion Linke Liste/PDS im Thüringer Landtag, Dr. Roland Hahnemann, beteiligte. Hier links und rechts neben ihm im historischen Foto die damaligen Mitarbeiter der PDS-Fraktion Karin Landherr und Lothar Adler u.a.

„Der Freistaat Thüringen wird am Nasenring vorgeführt“

In der Aktuellen Stunde im Landtag am 10. Juli („Thüringen zahlt wieder für Kali-Altlastensanierung“, Antrag der LINKEN) hatte Tilo Kummer auf die Vorgänge vor 20 Jahren verwiesen und u.a. erklärt:

„Die Firma Kali+Salz hatte mit der Treuhand durch den Kalifusionsvertrag die unliebsame Konkurrenz beseitigt. Der gleiche Kalifusionsvertrag regelt u.a. auch die Fragen der Altlastensanierung der DDR-Kaliindustrie und man hat heute den Eindruck, dass der Freistaat Thüringen am Nasenring vorgeführt wird, wenn es um diese Altlastensanierung im Kalibergbau geht.

Bis Ende des Jahres 2011 sind 270 Millionen Euro durch den Freistaat Thüringen gezahlt worden. Inzwischen sind die mit Unterzeichnung des Generalvertrages Ökologische Altlasten vereinbarten Leistungen weitestgehend erfüllt und trotzdem meldet Kali+Salz

gegenüber der Landesregierung Mehrkosten bis zu zwei Milliarden Euro an. Da stellt man sich schon die Frage, ob diese Mehrkosten nur für die Altlasten der DDR-Kaliindustrie aufgelaufen sind oder vielleicht auch für aktuelle Grubenbaugebäude der Kaliindustrie. Aber man kennt ja auch den Kali-Fusionsvertrag nicht, deshalb kann man das nicht so genau beurteilen.

Die Landesregierung hat auf jeden Fall in dieser Gemengelage die Zahlungen an Kali+Salz für die Altlastensanierung eingestellt und mitgeteilt, Kali+Salz solle sich doch bitte an den Bund wenden, um weiteres Geld zu erhalten. Dieser Bitte folgte das Unternehmen nicht. Es verklagte stattdessen Thüringen.“

Tilo Kummer verwies dann auf die Mitteilung der Landesregierung vom 2. Juli, dass sie jetzt die Zahlungen wieder aufnimmt, wenn auch unter Vorbehalt. Und er zitierte aus der Pressemittei-

lung des Umweltministers Reinholz: „Die Thüringer Steuerzahler dürfen nicht die Zeche des DDR-Bergbaus alleine zahlen. Wenn sich der Bund oder Kali+Salz nicht bewegen, müssen Gerichte entscheiden – dabei bleibt es. Die K+S GmbH hat einen Zahlungsanspruch aus dem Kalifusionsvertrag gegen den Bund. Für mich ist unverständlich, wieso hier der Freistaat Thüringen allein zahlen soll.“

Tilo Kummer verwies auch auf die Fragestunde im Bundestag, wo jetzt der LINKE Abgeordnete Ralph Lenkert von der Bundesregierung die Antwort bekam, dass die Bundesrepublik nicht der Vertragspartner der Kali+Salz AG sei und die Bundesregierung keinen Einfluss nehmen könne.

„Man muss feststellen, dass immenser Schaden für Thüringen verursacht (...) und dafür ist die CDU-Politik in diesem Land zuständig“, unterstrich der LINKE-Abgeordnete im Landtag. ■